

Landkreis investiert: Zehn Millionen Euro für 110 Büros

bc. Stade. Rund zehn Millionen Euro steckt der Landkreis in seinen viergeschossigen Erweiterungsbau neben dem Kreishaus am Sande in der Stader Innenstadt. Am Montag lud die Verwaltung zur feierlichen Grundsteinlegung.

Im Frühsommer 2017, also spätestens im Juni, soll laut Landrat Michael Roesberg der Neubau auf dem früheren Parkplatz zwischen Kreishaus und Umweltamt fertig sein. Dort entstehen 110 moderne Büros, ein Sitzungssaal, Besprechungsräume, ein Labor für das Umweltamt, Pkw-Stellplätze für Besucher und ein Bürger-Servicebüro. Das barrierefreie Gebäude (Grundfläche 4.300 Quadratmeter) wird mit den beiden Altbauten miteinander verbunden.

Roesberg: „Ziel ist es, die Verwaltung unter einem Dach zu vereinen.“ In das Gebäude sollen die jetzt noch an der Großen Schmiedestraße untergebrachte Rechtsabteilung, die Gebäudewirtschaft, das Veterinäramt und die Abfallbehörde einziehen.

Die Räumlichkeiten an der Schmiedestraße seien „in einem baulich schlechten Zustand“, so Roesberg. Ob die dortigen Büros aber tatsächlich wie geplant veräußert werden, ist angesichts des hohen Personalbedarfs des Kreises bei der Flüchtlingsbetreuung ungewiss. Roesberg: „Vielleicht brauchen wir das Gebäude doch noch.“

Indes gibt es bereits Überlegungen für eine weitere Ausbaustufe. Dafür könnte der Kreis das benachbarte Grundstück mit dem leerstehenden Staatsarchiv vom Land ankaufen. „Eine gute Sache, wenn uns das gelänge“, betonte Roesberg.



Bei der offiziellen Grundsteinlegung am Montag (v.l.): Peter Witt (Geschäftsführer „Lindemann“), Landrat Michael Roesberg, Projektleiter Thomas Rosenow, Klaus Detje (Projektleiter „Matthäi“) und Bernd Afflerbach (Geschäftsführer „Matthäi“) (Foto: Schmidt/Landkreis Stade)

Vorerst muss das Jugendamt nämlich noch in seiner Außenstelle in Ottenbeck bleiben. Die Zulassungsstelle soll unterdessen dauerhaft am B73-Kreisel „Kaisereichen“ beheimatet sein. „Der Standort ist optimal“, so Roesberg.

Nach einem Entwurf des Braunschweiger Architekturbüros „Dreischhoff und Partner“ zeichnet eine Arbeitsgemeinschaft der Bauunternehmen „Lindemann“ (Stade) und „Matthäi-Schlüsselfertigbau“ (Verden) im Zuge eines ÖPP-Modells (Öffentlich-Private-Partnerschaft) für den Neubau verantwortlich. Vorausgegangen war ein europaweiter Teilnahmewettbewerb.

Eigentlich hätte der Bau schon weiter vorangeschritten sein sollen, doch der Bodenaushub bereitete Probleme. Alter Kriegsschutt musste zunächst entsorgt werden. Auch Archäologen zogen für einige Tage auf die Baustelle.